

Aufwärts

411 Städt. Bibliothek

S 839

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 1. Mal. — Preis monatlich 1.85 und
0.85 Vierteljährlich, beim eigenen Postamt bestellt. — Jahres
Ausland unter Streichband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 80 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 256. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 1. November 1931. | 13. Jahrgang.

Stürmt, Feind und Welt und Tod,
Was könnt ihr mir schaden?
Dek't mich doch in meiner Not
Gott mit seiner Gnaden,
Der Gott, der mir seinen Sohn
Selbst geschenkt aus Liebe,
Daß der ewige Spott und Hohn
Mich nicht dort betrübe.

Reformationsfest.

Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein? Röm. 8, 31.
Das schrieb D. Martin Luther 1527 dem um des Evan-
geliums willen ins Gefängnis geworfenen Leonhard Kay-
ser und fügte hinzu: „Also, mein allerliebster Bruder,
stärke dich in dem Herrn, und sey getrost in seiner mächti-
gen Kraft, auf daß Du erkennest, tragest, liebst und lobest
aus gutwilligem Herzen den väterlichen Willen Gottes,
Du werdest ledig (frei) oder nicht. Daß Du aber Solches
vermögest zu Ehren seines heiligen Evangelii, das wolle
in Dir wirken der Vater unseres Herrn Jesu Christi nach
dem Reichtume seine herrlichen Gnade.“

Je dunkler die Zeit, um so mehr Grund hat die Chri-
stenheit, Gott dafür zu danken, daß uns durch unsere Re-
formatoren das Wort Gottes und damit eine unerlösch-
liche Quelle des Trostes und der Kraft neu erschlossen
wurde. Das fiel schon den Zeitgenossen auf. Einer von
ihnen, der Pfarrer Conrad Porta in Eisleben, schrieb im
Jahre 1582 von D. Martin Luther: „Er hat gewußt in
allerlei Angst, Noth, Unfall, Widerwärtigkeit und An-
fechtung meisterlich zu raten und zu trösten, und in dem
Stück übertrifft er weit alle Lehrer in der Christenheit,
so je gewesen sind, oder kommen mögen.“ Auch wir spü-
ren das noch heute. Paßt es nicht genau auf unsere Zeit,
wenn er 1544 an einen schwer geprüften Freund im An-
schluß an ein Wort des Kirchenvaters Augustin schrieb:
„Der Herr ließe nicht Böses geschehen, wenn er nicht et-
was Gutes könnte daraus schaffen. Wir leben noch im
Fleisch, wissen derhalben nicht, was wir beten sollen,
wie sich's gebührt, das ist, wir verstehen nicht, was uns
nützlich und das Beste sey. Gott, der überschänglich thun
kann über Alles, das wir bitten und verstehen, der sorgt
für uns, kann und will mehr und Größeres geben, denn
unser schmales und enges Herz wünschen und gedenken
mag. Solches aber kann er nicht geben, er nähme denn
zuvor hinweg, was (wie wir uns dünken lassen) wir
ohne unsern großen Schaden und Gefahr nicht entbehren
können.“

Leidenzeiten sind freilich immer eine schwere Ver-
suchung. Das weiß auch Luther: „Gott versucht euch ein
wenig, haltet fest, so werdet ihr auch erfahren, was Gott
ist und wie er regieret!“ Nie soll darum der Christ im
Leiden der Leiden Christi vergessen: „Und ob unser Al-
ler Leiden auf Erden auf einem Haufen läge, so wäre es
doch nichts gegen das, was Gottes Sohn für uns und um
unserer Seligkeit willen unschuldig gelitten hat; denn
es ist kein Tod gegen den Tod unseres Herrn und Hei-
landes Christi zu rechnen, durch welches Tod wir Alle
vom ewigen Tod errettet sind.“ Luther kannte die Tiefen
des Leidens, die darin bestehen, daß Gott selbst uns be-
straft, „er selbst, von dem wir doch allen Trost haben sol-
len.“ Seinem „sonderlichen Freund“, dem D. Laurentius
Zoch, dem Kanzler des Bischofs von Magdeburg, ruft er
„nach dem tödlichen Abgange seines Ehegemahls“ 1532
zu: „Also hat euch Gott nun selbst auch angegriffen, als
es scheint, und die Feinde nun rühmen können und sa-
gen, so gehet's den Christen, also lohnet euch euer neues
Evangelium. Das heißt es nicht allein leiden und ster-
ben, sondern auch begraben und zur Hölle geführt wer-
den.“ Aber alle dem zum Trotz bricht sein Glaubensmut
immer wieder durch. Einem Pfarrherrn, der „von bösen
argen Leuten wohl geplagt“ wird, schrieb er zwei Jahre
vor seinem Tode: „Darum laßt uns im Namen des Herrn
hindurchbrechen, dringen und reißten durch Ehre und
Schande, durch böse und gute Gerichte, durch Haß und
Liebe, durch Freunde und Feinde, bis wir kommen in das
selige Reich unseres lieben Vaters, das uns Christus der
Herr bereitet hat von Anbeginn der Welt, da wir Alle in
Freuden werden finden!“ Denn er war allezeit dessen ge-
wiß, was er einer ihm nahestehenden Witwe in dem-
selben Jahre schrieb: „Denn wir sind doch fein, wir ster-
ben oder leben, darben oder haben, und wie es gehet.
Sind wir aber fein, so ist er auch unser, mit Allem, was
er ist und hat.“

Simon.

Was vorgeht.

Alle Welt hat in diesen Tagen nach England geschaut.
Die Wahlen, die dort für Dienstag festgesetzt waren, hat-
ten schon insofern besondere Bedeutung, weil sie von
einer Regierung gemacht wurden unter fast radikal-kon-
servativen Gesichtspunkten und unter Führung eines
Mannes, der aus dem Lager der sozialistischen Arbeiterbe-
wegung stammt. Die geistige Struktur der Nachkriegszeit
hatte sich auch in England insofern bemerkbar gemacht,
als ein demokratisch-sozialistischer Zug auch durch
das englische Volk ging und es zeitweise schien, dieser
Geist werde sich durchsetzen und die englische Politik in
andere Bahnen lenken. Sicher hat England mancherlei ge-
merkt von den Revolutionen, die sich auf vielen Gebieten
der Menschheitskultur vollziehen. In vielen seiner Ko-
lonialländer ist es nicht mehr unumschränkter und unbe-
strittener Herrscher wie noch vor 30 und vor 20 Jahren.
Wenn es auch der Staatskunst englischer Politiker bis
heute noch immer gelungen ist, den äußeren Machtbereich
so zu gestalten, daß an dem bisherigen Verhältnis nichts
geändert scheint, so haben die Zeitverhältnisse doch die
geistigen Strukturen der einzelnen Völkerschaften und
ihr Wollen so beeinflusst, daß mit Sicherheit von einer
Verminderung der Vorteile gesprochen werden kann, die
England früher aus seinen Kolonialländern zog. Man
braucht nur an die Vorgänge in Kanada, in Ägypten, in
der Türkei, in Indien und jetzt auf der Insel Ceylon zu
erinnern. Manche alte konservative Engländer werden
vielleicht auch jetzt noch mit Bedauern auf
diese Entwicklung sehen. Es ist wohl ziem-
lich sicher, daß der durch den Krieg her-
aufbeschworene Zeitgeist wenigstens vorübergehend auch
das englische Volk soweit beherrscht hat, daß sowohl die
Augen wie die Innenpolitik durch diese Stimmungen
und Hoffnungen bis zu einem gewissen Grade gebunden
waren. Darauf haben natürlich auch demokratische und
sozialistische Kreise Deutschlands zeitweise große Hoff-
nungen gesetzt. Das kommt dadurch zum Ausdruck, wenn
der „Vorwärts“ jetzt schreibt, das deutsche Volk als Gan-
zes habe alle Ursache, die Niederlage der Arbeiterpartei
zu bedauern, die als Regierungspartei mit Zähigkeit und
mit beträchtlichem Erfolg für die Sache der interna-
tionalen Gerechtigkeit und damit für das Recht des deut-
schen Volkes gewirkt habe.

Die Zahlen über das Ergebnis der englischen Wahlen
sind ja nun endgültig und bekannt. Sie stellen einen Er-
folg der konservativen Richtung dar, der sogar diese
selbst überrascht hat. Was die Mandate betrifft, so hat
die Labour Party einen Verlust erlitten, wie ihn bisher
wohl noch keine Partei zu tragen hatte. Wer aber nun
in Versuchung kommen sollte, über das endgültige
Schicksal der englischen sozialistischen Arbeiterpartei zu
propheteien, der mag erst auch die abgegebene Stim-
menzahl prüfen. Dort ist festzustellen, daß der Stim-
menverlust durchaus noch nicht so groß ist, um von einem
verlorenen Schlag reden zu können. Vor dem
Kriege haben wir in Deutschland auch schon einmal ein
ähnliches sprunghaftes Auf und Ab in der Parteigrup-
pierung erlebt. Der Parteikampf wird ja auch jetzt in
England nicht ruhen und es hängt ganz von dem Erfolg
der Politik der neuen Regierung ab, ob den jetzt ge-
schlagenen Parteien sich bei späteren Wahlen wieder be-
essere Aussichten eröffnen.

Der Ausgang der englischen Wahlen gibt immerhin
einige Berechtigung zu der Untersuchung, ob er ein weite-
res Zeichen dafür ist, daß der ins Werk gesetzte Krieg ge-
gen Deutschland und sein Ausgang eine entscheidende
Etappe auf dem Siegeszug der Weltökonomie bedeutet
hat und ob die Mächte, die glaubten, unter Ausschal-
tung aller völkischen und rassemäßigen Momente durch
eine freie Weltwirtschaft oder vielmehr durch einen
freien Weltmarkt die Welt zum Frieden zwingen zu könn-
en, jemals zu ihrem Ziel kommen werden. Trifft es ein,
was konservative Kreise erhoffen, und was jene
demokratischen internationalen Vorkreife be-
fürchten, daß nämlich England jetzt wieder
in sehr weitgehendem Maße zur Zollpolitik,
zum Schutz der Produktionswirtschaft des eigenen
Landes zurückkehrt, dann läßt sich sagen, daß die
Wahlen vom 27. Oktober eine Abkehr Englands von
einem Wege bedeuten, der schließlich zu einer Verknech-
tung alles gestaltenden Schaffens unter eine Mammons-
macht geworden wäre, die noch nie weder ganzen Staaten
und Völkern noch einzelnen Menschen dauerndes Glück
gebracht hat. Wenn wir den Vorgang gefühlsmäßig be-
trachten, dann meinen wir, es sei ein großes Glück für
die ganze Welt, wenn das doch immerhin mächtige Eng-
land anfangs, wieder die produktive Arbeit der eigenen

Volksgegnossen zu schützen. Der Konkurrenzkampf, so
wie er sich auf dem Weltmarkt vor dem Kriege schon her-
ausgebildet hatte, ist doch mit einer Ursache zum Kriege
geworden. Und bei der fortgeschrittenen Technik und Ra-
tionalisierung der Produktion wird der Kampf um den
Absatz in der Zukunft Folgen haben, die schlimmer als
der letzte große Krieg sind. Wird daher irgendwo ein
gangbarer Weg gefunden, der den Völkern zeigt, daß es
eine Existenzmöglichkeit für Völker und Staaten gibt,
auch wenn diese sich die Hauptnahrung der für das
eigene Volk notwendigsten und im eigenen Lande zu er-
zeugenden Gebrauchsgüter vorbehält, dann wäre das
eine Förderung des Friedens, wie sie keine interna-
tionale Macht bisher hat ins Werk setzen können. Was uns
England mehr an solchen Industrieprodukten abnehmen
würde, für die es vielleicht in Zukunft einen Zollschutz
schafft, das würde sicher für eine ganze Reihe von Jahren
aufgewogen durch den Bedarf, den die deutsche Land-
wirtschaft haben und decken würde, wenn sich Deutsch-
land entschloße, seine eigene Landwirtschaft auch so durch
Zölle zu schützen, daß von dem Ertrag der Wirtschaft
nicht nur die Landwirtschaft mit all ihrem
Anhang eine gesicherte Existenz fände, son-
dern daß auch genug übrig bliebe, den Betrieb
durch Anschaffung technischer Hilfsmittel zu intensivieren
und damit auch der Industrie Absatz für die Erzeugnisse
zu schaffen, gegen die sich das Ausland verschließt. Und
so interessiert uns bei dem Ausgang der englischen Wahlen
viel mehr die Frage, ob dadurch wieder größere Si-
cherungen gewonnen werden für die freie Auswirkung
staatlichen und nationalen Eigenlebens als die andere
Frage, ob die internationale Geschäftspolitik, die dem
einen Volke billigeren Weizen, dem andern billigere
Stoffe doch immer nur deshalb geben kann, weil der
Produzent auf irgendeine Weise gesunden wird, durch
das Ereignis auch keinen Schaden leidet. Jede politische
und wirtschaftliche Maßnahme, die zum Ziel hat, wieder
Menschen in lohnende produktive Arbeit zu setzen, müßte
die weitestgehende Unterstützung finden. Vielleicht bewirkt doch
das Vorgehen der Engländer, daß sich auch die deutsche
Regierung noch mehr darauf besinnt, ob es nicht auch
hier ähnliche Möglichkeiten gibt, innen- und außenpoliti-
sche Schwierigkeiten zu überwinden.

In Deutschland muß es doch immer noch allerlei Be-
gehnen geben, Geldsummen zu verdienen und in Si-
cherheit zu bringen, von denen der gewöhnliche Staats-
bürger als Arbeiter, Handwerker, Beamter oder Bauer
nichts weiß. In der „Sozialwirtschaftlichen Korrespon-
denz“ teilt der Abgeordnete Baltrusch folgendes mit, das
wir aber auch schon anderswo gelesen hatten:

„Vor kurzem versuchte ein deutscher Bankdirektor aus
Holland Kapital für die Wiederinganglegung stillgeleg-
ter, aber durchaus rentabler und billiger Betriebe nach
Deutschland hereinzuholen. Er stieß nach seiner eigenen
Aussage überall bei den holländischen Bankdirektoren
auf völlige Abneigung. Dabei ist es interessant, wie sich
der Direktor einer holländischen Großbank äußerte. Er
sagte zu seinem deutschen Kollegen: „Millionen und aber
Millionen RM sind von Deutschen in Holland, und täglich
gehen noch Millionen RM über anderes Ausland in Hol-
land ein. Dabei geben wir keinen Pfennig Zinsen an die
Deutschen und keinen Cent Zinsen an die Holländer. Wir
sind sogar soweit, daß wir für das Behalten der enormen
Geldmengen etwas berechnen! Die deutsche Regierung
könnte mit dem Geld, welches die Holländer gar nicht
haben wollen, die ganze deutsche Wirtschaft in Gang
bringen.“

Baltrusch, der sich viel mit Fragen der Finanzpolitik
beschäftigt, hält das letztere für übertrieben. Wenn aber
eine solche Nachricht, die doch um des nötigen Vertrauens
und der Beeinflussung der Geldbesitzer und Später wil-
len auch von den Behörden kontrolliert werden sollte,
längere Zeit in der Tagespresse kursiert, muß an der
Sache doch etwas Wahres sein. Es war ja recht erfreulich,
daß die aufgelegte Reichsbahnanleihe einen so unerwar-
tet guten Erfolg hatte. Die Menschen aber, die vom Zu-
rücklegen und vom Unterbringen großer Geldsummen
keine Ahnung haben, sagen sich doch immer wieder, daß
ein Fehler in dem System der Wirtschaft und des Er-
werbs und auch in der Gesetzgebung und Aufsicht liegt,
wenn solche Geldverschiebungen möglich sind, die unter
Umständen den Staat und das ganze Volksleben in Ge-
fahr bringen. Es ist gewiß gut und berechtigt, wenn jene
Korrespondenz vom Standpunkt des Arbeiters zur
Wachsamkeit aufruft gegenüber den Bestrebungen, die
die Arbeitslosenversicherung, die Unabhängigkeit der
Tarifverträge und die Verbindlichkeitserklärung der
Schiedsgerichte beseitigen, die Löhne und die Leistungen
der Sozialversicherung herabsetzen wollen, und wenn sie

eine geschlossene Front bilden will gegen jede soziale Reaktion. Ist aber, wie es gerade dort behauptet wird, wo man kampfhaft festhält an den bisherigen Systemen, der Mangel an Umlaufgeld, an Spar- und Betriebskapital die Hauptursache unserer gegenwärtigen Not, dann zeigen die oben angeführten Fälle, daß es für die Instanzen, die an der Macht sind, und die, welche Einfluß darauf haben, neben der Bekämpfung jener Reaktion auch noch andere Aufgaben gibt, deren Lösung um der sozialen Belange und der Wirtschaft wegen nicht weniger wichtig wären.

Der Ausgang der Besprechungen der französischen und der amerikanischen Staatsmänner, die beim Besuch Davals in Amerika stattfanden, hat keine Aussichten eröffnet dafür, daß von der Seite eine Lösung der Probleme, die alles in Spannung halten, zu erwarten wäre. Das einzige Positive, das die am Schluß des Besuchs herausgegebene Erklärung enthält, ist die Bestätigung der Verpflichtung, vor Ablauf des Hoover-Moratoriums irgendein Abkommen zu treffen, durch das die Periode geschäftlicher Depression überbrückt wird, über dessen Einzelheiten und Bedingungen jedoch die beiden Regierungen alle Vorbehalte machen. Daraus und noch aus anderen Vorgängen weiß Deutschland, daß über sein Schicksal auch weiterhin die bewaffnete Hand Frankreichs bestimmt.

Auch der Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Berlin hat keine Spuren hinterlassen für einen neuen Weg besserer Verständigung und Hilfe. Den Italienern in ihrer faschistischen Einstellung wird manches in der Haltung Deutschlands nicht sehr imponieren. Das haben sie hier und da schon früher zum Ausdruck gebracht. Hoffentlich hat Grandi in Berlin etwas davon gemerkt, daß auch dort der Selbsterhaltungstrieb, ohne den kein lebendes Wesen existieren kann, wieder stärker in die Erscheinung tritt als das im letzten Jahrzehnt der Fall war. Welche Möglichkeiten der Selbsthilfe auch für Deutschland noch bestehen, darüber wird hier so oft geredet, daß wir jetzt nicht noch weiter darauf eingehen brauchen.

So treten bei jeder Betrachtung der Lage soviel allgemeine Gesichtspunkte und gemeinsame Aufgaben hervor, daß man meinen könnte, mit parteipolitischen Kämpfen und Auseinandersetzungen, wie sie bei uns tatsächlich immer und in den letzten Tagen wieder in sehr verstärktem Maße auftreten, dürften wir verschont bleiben. Die Leser würden sich wundern, wenn wir ihnen Gelegenheit gäben, manchmal auch nur die Post eines Tages kennen zu lernen. Wenn uns der eine die schlimmsten und größten Vornurven macht wegen unserer Nazi- und Jungenergebenheit, paßt es dem anderen nicht, wenn ein Mitarbeiter auch einmal versucht, sich für den Standpunkt Dr. Brünnings und seiner Regierung einzusetzen. Es ist nicht möglich, hier alle die Stimmen zu Gehör zu bringen, die sich in mehr oder weniger temperamentsvoller Weise für einen Standpunkt einsetzen, wie er von der einen oder der anderen Parteirichtung vertreten wird. Bleibt es auch nicht aus, daß bei diesem Bemühen, den Grundsatz eines nationalen, aber überparteilichen Standpunktes zu wahren, doch einmal der Eindruck entsteht, eine Richtung, die die Forderung eines selbständigen nationalen Deutschlands am stärksten vertritt, würde bevorzugt, so möchten wir uns doch hier auch noch einmal gegen den Vornurven wenden, daß für uns hierbei partei-

politische Rücksichten maßgebend seien. Unsere Sorge gilt dem deutschen Volke und ihm möchte der Aufwärtsdienis dafür nicht fehlt, ist uns eine Freude und Stärkung in den Stunden, wo einmal Vornurven und Anklagen uns umschwirren. Es sollte uns leid tun, wenn der Aufwärts zu einem Erzeugnis würde, vor dem gewarnt werden müßte, wie es die etwas originelle Karte einer Leserin tut, wenn sie schreibt: „Gew. Hochwohlgeboren bitte ich höflich, den Aufwärts nicht mehr an uns zu senden, auf dringende Verordnung des Arztes.“

In diesem Falle wissen wir, wie die Sache gemeint ist. Wir wollen aber auch hoffen, daß unser Blatt immer ein Organ bleibt, das weder vom Arzt noch von irgendeiner anderen Instanz als Giftstoff verboten zu werden braucht.

Vertragen wir die Wahrheit?

Mit obiger Überschrift ist einer von den Aufsätzen Norman Angells gekennzeichnet, den er in der letzten Nummer von Foreign Affairs bringt. Er schreibt „daß ein Zeitungsschreiber in diesen Tagen überhaupt die Wahrheit schreiben?“ Meist heißt es nein! Denn die Wahrheit wird ja fast immer mißverstanden. Solche Wahrheiten sind leichter zu verstehen und dem Publikum willkommen. Ja, die Wahrheit könnte eine Panik verursachen. Das Ausland könnte für die Wahrheit eine falsche Deutung haben usw. Dennoch glauben wir unserem Lande den besten Dienst zu tun, wenn wir nicht herauszufinden suchen, was man gerade gegenwärtig für patriotisch erklärt, oder was eine Panik abschwächen könnte, oder was für den Handel gut wäre, sondern einfach, was die Tatsachen sind. Wir haben uns während des Krieges — natürlich aus sehr hohen Beweggründen — angewöhnt, daß wir die Wahrheit nicht zu kennen wünschten. Erst nach dem Kriege kamen Bücher heraus mit solchen Titeln „Jetzt kann es gesagt werden“. Wir wußten, daß Kriegsberichte nicht der Wahrheit entsprachen, aber wir meinten, sie würden den Feind betrogen oder unseren eigenen Mut aufrechterhalten. Wir wußten, daß das, was wir über den Charakter und das Benehmen der Deutschen sagten, weithin falsch war, aber

*Auf jeden Kaffeetisch
gehört Kathreiner,
sagt der Arzt...*

**Und diese Verordnung kann
jeder befolgen. Denn Kathreiner
ist billig! Und schmeckt (richtig
zubereitet) jedem gut...**

wir hofften, das würde unseren Kampfeswillen anfeuern. (Wir haben vielleicht nicht vorausgesehen, daß es uns auch dazu bringen würde, uns wie Wahnsinnige zu benehmen, als wir Frieden machen wollten.) Wir hätten leicht wissen können, wenn wir wirklich die Tatsachen zu erfassen suchten, daß unsere Reparationsansprüche unsinnig waren. Aber es befriedigte unseren moralischen Unwillen, unser Verlangen nach Wiedervergeltung, in dieser Weise unsere Ansprüche vorzubringen. Und wir meinten, vielleicht wäre es auch gut für die Moral der Deutschen, wenn wir ihnen die Reparationszahlen ins Gesicht schleuderten. Das Resultat ist, wir haben mit beigetragen zu unserem eigenen Ruin, die Welt in Elend hineingetaucht und die Moral der Deutschen nicht gerade verbessert. Nach dieser Erfahrung können wir es wohl unternehmen, auf die Tatsachen zu sehen, so wie sie sind.

Norman Angell geht nun zuerst auf die Bestrebungen ein, die sich an die Namen Rothermere und Beaverbrook knüpfen, aus dem britischen Reich eine wirtschaftliche Einheit zu machen und zwar eine solche, die sich gegen die übrige Welt durch Zollmauern abschließt. Dieses Unternehmen plant man im selben Augenblick, wo die Dominions (Süd-Afrika, Australien usw.) ein Gesetz verlangen, nach welchem ihre Parlamente genau dieselbe Autorität haben sollen, wie das Parlament von Großbritannien, so daß das Gemeinwesen des britischen Reiches ähnlich würde dem „heiligen römischen Reich“ (gemeint ist das „heilige römische Reich“ deutscher Nation, von dem man im Mittelalter redete. W.), welches weder heilig noch römisch, noch überhaupt ein Reich war. Gleichzeitig sei es klar, daß auch Indien früher oder später denselben Weg wie die Dominions gehen würde. Die herbe Tatsache, der man also zunächst ins Auge sehen müsse, sei die, daß der auf das Empire beschränkte Freihandel zur selben Zeit vorgeschlagen würde, wo das Reich in Gefahr sei, aus einer Anhäufung von unabhängigen Staaten zu bestehen, die mit geradezu brutaler Offenheit erklärten, daß sie keinen Freihandel wollten und nicht zu einem Empire gehören wollten.

Zu den Tatsachen gehören auch die üblen Nebenwirkungen, welche das Abgehen von der Goldwährung schon jetzt für England hat. Wir brauchen, so heißt es, im letzten Jahr für Lebensmittel und Rohstoffe ungefähr 700 Millionen Pfund. Durch das bloße Sinken des Pfundes brauchen wir automatisch 150 Millionen mehr. Darum ist nun unvermeidlich eine Erhöhung der Kosten für Lebensmittel und eine Erhöhung der Produktionskosten, welche schnell den augenblicklichen Vorteil, den die Exporteure haben, weil ja die Amerikaner die englischen Güter vorläufig billiger bekommen, wieder auslöschen werden.

Wenn aber andere Währungen, die vom Gold abgehen, schneller als die unseren sinken, so wird der Vorteil, den wir bis jetzt auf dem neutralen Markt haben, sich gegen uns kehren. Ja, wenn wir das Pfund nicht bald stabilisieren, so wird ein großer Teil unseres Handels und der Industrie, der davon abhängt, daß Kontrakte auf lange Sicht gemacht werden, einfach absterben. Wir müssen also möglichst bald dazu kommen, daß wir wieder ein festes internationales Geld haben, sonst fällt unsere ganze Zivilisation zusammen. Diese Tatsache ist aber noch gar nicht wirklich verstanden. Als neulich ein Wissenschaftler auf dem Gebiet der Wirtschaft von

Goldene Heide.

Ueber die Heide schreitet der Tod,
Es zittert das braune Land;
Er mäht die Blümlein frisch und rot
Erbarmungslos mit kalter Hand.

Sie sterben in Glanz und Farbenschein,
Rein Laut dann mehr erklingt.
Nur ein Kade auf einsamem Findelstein
Das Lied von der Heide singt. —

Wenn im Frühling nach langer Winternacht auch die Heide zu neuem Leben erwacht, wenn die silberweißen Seidenblumen des Wollgrases ihre Kelche öffnen, wenn sich die Birken mit jungem üppigem Grün schmücken, wenn an taufrischen Naimorgen die Heideleichen jubeln und die Goldhähnchen piepen, oder wenn gar im Spätsommer das Heidekraut blüht und alles in Rosenrot und Purpur getaucht ist, dann zieht wohl auch der Stadtmensch in die Heide und schwärmt für ihr Glühen und Blühen. Ist aber das Heidekraut abgeblüht und hat sich sein rötlicher Schimmer in ein rostiges Braun verloren, dann ist die Heide vergessen. Selten verliert sich dann noch jemand in ihre Einsamkeit. Nur wenige Menschen wissen, daß, wenn die Kraniche ziehen und die Kartoffelfelder leer sind, die Heide ihr schönstes, ihr goldfarbendes Herbstkleid anlegt, in welchem sie sich dem Auge so farbenprächtigt darbietet, wie nie zuvor. —

So bin ich auch heute hinausgewandert, um noch einmal ihre volle Schönheit zu genießen. Der kalte Herbstwind bläst kein eintöniges Lied, sonst ist es still und einsam auf ihr. Vergebens sucht das Auge die goldfarbigen Räder und die flinken Eidechsen, die im Sommer durch Heidekraut und Moos huschten. Auch die bunten Falter, die bläulichen Libellen und die wilden Schnarchschrecken, die im warmen Sonnenschein ihr lustiges Spiel trieben, sind verschwunden. Das Gesumme der Immen ist verklungen und die Heideleiche singt nicht mehr. Am Ameisenhaufen rechts des Weges herrschte vorigen Sommer reges Leben. Jetzt ist es hier totenstill. Die Räder des herannahenden Winters hat auch diese Rotrücke in ihren

Bau getrieben. Aber etwas anderes bietet jetzt die Heide. Das kupferne Rot der Buchen, das bronzefarbene Gold der Eichen, das saße Gelb der Birken, das silberne Weiß der Heidegräser, das geheimnisvolle Düstern der Föhren und Wacholder und das rostige Braun des Heidekrauts, das ist ein Bild von überwältigender Farbenpracht, an dem sich mein Auge in stiller Freude weidet. Zitternd liegt das gleißende Sonnenlicht auf dem roten Gold. Da ist kein Birkenbäumchen zu dürftig, das nicht einer güldenen Pyramide gleiche, kein Brombeerstrauch zu gering, der nicht rosenrot gefärbt wäre. Alles lodert und glüht in stiller wehmutsvoller Pracht und selbst der Sammetteppich ist mit lichtigem Golde bestreut. Zu meinen Füßen erpöbe ich noch eine letzte Heideblüte. Schlichtern, als schäme sie sich ihrer jungen frischen Schönheit, steckt sie zwischen dem langen Heidekraut. Mitteleidvoll und als eine Erinnerung an die Tage, wo die Heide widerhallte von Luft und Leben, nehme ich sie mit. Langsam wandere ich weiter durch langes, braunes Heidekraut und stehe bald an einem Heidetümpel. Spärliches Weiden- und Birkengebüsch ragt aus dem schwarz-grauen Wasser empor. Auch auf die Farnkräuter, mit denen der Rand des Wassers dicht bestanden ist, hat der Herbst seine segnende Hand gelegt; ihre frische grüne Kraft schwand dahin, sie welkten und verdorren. Von einem nahen Hügel leuchtet der weiße Stamm einer Hängebirke. Arg wird sie vom Sturm zerzaust. Weit, wie verlangend streckt sie ihre Arme von sich, um sie gleich wieder ermattend fallen zu lassen. Mir ist es, als klage sie um ihre verlorene Jugend, — um entschundene Pracht und Herrlichkeit.

Wild fährt der Sturm durch das bunte Gold der Heide. Wie ängstliches Flüstern, als fürchte auch sie sich vor dem Sterben, klingt es. Nicht lange wird ihre letzte Pracht mehr währen; bald wird das Gold in den Laub rieseln. Noch einsamer und stiller wird es dann auf ihr. Der erste Schnee wird auf ihr lockiges Haupt fallen und Hasen und Rehe werden ängstlich und von Hunger getrieben unter der weißen Decke nach einem grünen Pflänzchen suchen. Die Raben werden krächzend über sie hinwegziehen und in den dunklen Föhren wird der eifige Nord-Ost seine schwermütigen Weisen singen. —

Ein Brief aus Spanien.

In den „Blättern aus Spanien“ (September 31) teilt Pastor Theodor Fiedner einen Brief des Lehrers Luis Moreno in Escorial mit, der uns beweist, wie groß die Sympathie der Bevölkerung für die evangelischen Spanier ist. Der Brief lautet (im Auszuge):

„Lieber Freund und Bruder! Es ist mir eine große Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß man mich durch öffentliche Volkswahl zum Richter hier im Dorf gewählt hat. Der gestrige Sonntag (7. Juni) war für mich einer der egreifendsten Tage in meinem Leben. Der feste Glaube und das unbedingte Vertrauen der ganzen Bevölkerung beschämt mich ordentlich. Einstimmig wählte die neu entstandene republikanisch-sozialistische Vereinigung ihre Kandidaten und mich darunter als Richter. Es gelang mir nicht, sie davon abzubringen, und der Volkswille hat sich wieder als überlegen bewiesen.“

Der Erfolg war überwältigend. Es genügt, wenn ich Ihnen sage, daß die Gegenpartei, die sich aus den Personen zusammensetzte, die sich immer für die mächtigsten und einflussreichsten gehalten haben, eine lächerliche Stimmenzahl erhalten hat. Der am meisten hatte, hatte 20 Stimmen bekommen, was Sie auf beiliegendem Zettel sehen können. (Da steht Luis Moreno an der Spitze mit 258 Stimmen.)

Am Sonnabend vorher war abends eine Wahlversammlung. Da sprachen der jetzige Bürgermeister, einige Gemeinderäte und Freunde und zuletzt auch ich. Natürlich zielte meine kleine Ansprache durchaus nicht darauf hin, meine Wahl zu empfehlen oder zu beeinflussen; was ihnen so gefiel, waren meine Ausführungen über Gerechtigkeit und ihre Anwendung, so daß sie kein Wort davon vergessen haben. Ich sprach von Christus und von seinem Begriff von Gerechtigkeit in schlichter Weise, so wie es mir gegeben wurde, und alle waren befriedigt. Jeden Augenblick hört man sie Sätze, die ich an jenem Abend sprach, wörtlich wiederholen.

Ich habe jetzt mein gut Teil Arbeit mit der Schule, die über 50 Kinder zählt, den Gottesdiensten am Mittwochabend, die ich regelmäßig halte, und dann noch meine Arbeit als Richter. Meine Frau muß mir bei den WOC-Schügen und bei den Mädchen in Handarbeit tüchtig helfen.“

Dies eine Beispiel, so fügt Pastor Th. Fiedner hinzu, mag statt vieler genügen, um zu zeigen, wie das Feld reif ist zur Ernte und wie sich das Volk zu uns bekennt.

dem Ung
würde, w
sagte jen
(„Schwar
welche fri
geben...
Unordnun
gehen, als

Am sch
britischen
wenn es
in tern
Frage der
chen. Die
gegen in
deutscher
es z. B.
tionalen
nale Politi
fache mach
Einseitigk
delns so
Zolltarife
zu nehmen
sagt, die
tarife ern
Auslandes
den Einw
jezt lese
daß wir
eigenen S

Der d
in der Re
wird sich
wird er b
daß der
deutschen
rollung d
Rückkehr
Amerika
Caval hab
In de
von die R
terredung
tags erfol
Nachprüf
Einberufu
schuldes
mitgeteilt
Auftrag n
herrn von
ten Klarhe
wahres ist
freise „den
Deutsche

In de
von der E
soviellen
soll, außer
lasten nicht
butzahlung
einem sold
länder nicht
wendig ge
Die V
klärung de
Vorausseh
planes geg
Jungungsplan
Selbst
der Young
anzunehmen
ständigen in
sich um ein
klartes Br
anderes fest
gin-Layton
Der B
Erörterung
bleme über
heit der den
daß ohne
nicht gefun
schaft ist, n
wurde, abf
müsse, das
schuld. Ein
land wieder
vierung de
ständen not
der kurzfrist

Es gef
hilfe. Dav
von deutsch
Verfälschun
dern unerz
sei die Wi
Bericht kon
schen Bezie
auf eine G
den; 2. mü
geregelt we
nen könnten
die Unficher
großes Her
und erst red
Schon
zu der Er

dem Unglück ohnegleichen sprach, das kommen würde, wenn diese finanzielle Verwirrung nicht aufhörte, sagte jemand „nun, es hat den „Schwarzen Tod“ („Schwarzer Tod“ war der Ausdruck für die Platten, welche früher Tausende von Menschen hinrafften. W.) gegeben. . .“ Der Wissenschaftler antwortete „Wenn diese Unordnung weitergeht, werden mehr Leben verloren gehen, als selbst zur Zeit des schwarzen Todes.“

Am schwierigsten ist es wohl für Norman Angell, dem britischen Publikum ungeschminkt die Wahrheit zu sagen, wenn es sich ihm darum handelt, die Notwendigkeit der internationalen Abmachungen sowohl in der Frage der Währung wie der Zolltarife deutlich zu machen. Die britischen Nationalisten führen eine Sprache gegen internationale Verhandlungen, die der Sprache deutscher Nationalisten überraschend ähnlich ist. Da heißt es z. B. „wir wollen endlich dazu kommen, die internationalen Fesseln abzuwerfen und uns frei für eine nationale Politik machen, die das eigene Interesse zur Hauptsache macht“. N. A. bringt demgegenüber mit bewußter Einseitigkeit die Notwendigkeit internationalen Handels so stark heraus, daß er z. B. sagen kann, unsere Zolltarife haben Rücksicht auf den ausländischen Markt zu nehmen. Er verschärft diesen Satz noch dadurch, daß er sagt, die Interessen, welche man in der Sache der Zolltarife ernsthaft bedenken sollte, sind die Interessen des Auslandes. Gegen diesen letzteren Satz macht er sich selbst den Einwand, daß 9 Zehntel seiner Leser sagen würden, jetzt lese ich nicht weiter, du verlangst geradezu von uns, daß wir die Interessen der Ausländer denen unseres eigenen Landes vorziehen sollten. Es schiene, als wenn

er eine völlig unmögliche Moral hiermit verkündigte und doch behauptet er, daß er hierbei gar nicht an Moral, sondern nur an die eigenen Interessen dachte. Sobald ein Land die Interessen der Ausländer mißachtet, dann mißachtet es eben im Grunde genommen in ganz der gleichen Weise seine eigenen Interessen. Er illustriert dies an dem Handel mit Argentinien. Würde England die Einfuhr des argentinischen Fleisches durch hohen Zoll unmöglich machen, so würde Argentinien wiederum seine Kaufkraft verlieren und keine englischen Güter kaufen können. Wenn jede Nation bezüglich der Zölle sagte, „unser Zoll ist unsere eigene Sache, wie weit wir euch schädigen, ist uns ganz gleich“, so wäre das gerade so klug, als wenn man jedem Chauffeur erlaubt, nach seinem eigenen Gefallen rechts oder links auf der Straße zu fahren. Das Fehlen internationaler Organisation muß unbedingt zur vollständigen Anarchie führen. Man müsse also, wenn man Zölle errichtet, zu dem Ausländer sagen, wir wollen nicht deine Interessen mißachten, wir wollen sie so wenig als möglich verletzen, wir wollen versuchen, unsere nationalen Zölle so einzurichten, daß sie sich in den internationalen Handel und Finanzen hineinfügen. Zum Schluß stellt er einige Sätze auf, welche auch wohl den deutschen Ohren verständlich klingen werden. Es muß verlangt werden 1. eine radikale Revision der Schulden und Reparationen.

2. die Wiederherstellung solcher politischen Stabilität, daß langfristige Anlagen durch Gläubiger-Nationen wiederum möglich werden und schließlich — vielleicht das wichtigste von allem — eine Stabilisierung der Zolltarife.

Instruktionen an Hoersch.

Wünscht Amerika deutschen Schritt in der Reparationsfrage?

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoersch, ist in der Reichshauptstadt eingetroffen. Botschafter von Hoersch wird sich nur kurze Zeit in Berlin aufhalten; am Montag wird er bereits wieder in Paris weilen. Man nimmt an, daß der Botschafter Instruktionen für die Vertretung des deutschen Standpunktes bei der bevorstehenden Wiederaufstellung der Reparationsfrage einholen will. Nach seiner Rückkehr wird der Botschafter eine Aussprache mit dem aus Amerika zurückgekehrten französischen Ministerpräsidenten Cavall haben.

In den Kreisen der ausländischen Journalisten ist davon die Rede, Botschafter von Hoersch werde bei seiner Unterredung mit Cavall, die angeblich noch im Laufe des Monats erfolgen soll, im Auftrage der Reichsregierung die Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Einberufung des dafür im Youngplan vorgesehenen Ausschusses beantragen. Wie dazu von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat Botschafter von Hoersch einen ähnlichen Auftrag nicht erhalten. Wohl aber dürfte die Aussprache des Herrn von Hoersch mit dem französischen Ministerpräsidenten Klarheit darüber bringen, was an den Pressemeldungen wahres ist, wonach die höchsten amerikanischen Regierungskreise „den dringenden Wunsch geäußert haben,

Deutschland möge ohne Säumen die Initiative zur Herbeiführung des Youngplanes ergreifen.“

In den Kreisen der Reichsregierung verspricht man sich von der Einberufung des BZJ-Ausschusses, der zum found-soviellen Male die deutsche Zahlungsfähigkeit nachprüfen soll, außerordentlich wenig. Daß Deutschland die Younglasten nicht tragen kann, pfeifen seit der Auslegung der Tributzahlungen nachgerade die Späßen von den Dächern! Zu einem solchen Zahlungsausschub hätten sich die Gläubigerländer nicht entschlossen, wenn er nicht unumstößlich notwendig gewesen wäre.

Die Wirtschaftslage Deutschlands hat sich seit der Erklärung des Hoover-Memoriums keineswegs gebessert. Die Voraussetzungen, die zur Außerkräftsetzung des Youngplanes gegeben waren, bestehen also weiter, obgleich der Youngplan immer noch als verlässliche Rechtsgrundlage gilt. Selbst wenn nun der Sachverständigenausschub, wie es der Youngplan vorsieht, einberufen würde, so läge es nahe, anzunehmen, daß die darin vertretenen Wirtschaftssachverständigen in kurzer Zeit zu der Erkenntnis kommen, daß es sich um ein in zehn Jahre langer Verhandlung genügend geklärtes Problem handelt und daß man auch heute nichts anderes feststellen kann, als was am 18. August der Wiggin-Layton-Bericht erklärte.

Der Bericht ist noch heute eine gültige Unterlage für die Erörterung der reparations- und wirtschaftspolitischen Probleme überhaupt. Er geht von der untrennbaren Verbundenheit der deutschen mit der Weltwirtschaft aus und stellt fest, daß ohne eine Sanierung Deutschlands die Weltwirtschaft nicht gefunden kann, sowie umgekehrt. Die deutsche Wirtschaft ist, was auch auf der Londoner Konferenz festgestellt wurde, absolut gesund. Womit Schluß gemacht werden müsse, das sei die Unsicherheit über die deutsche Auslandsschuld. Ein Teil des entzogenen Kapitals müsse Deutschland wieder zur Verfügung gestellt werden, und eine Aktivierung der deutschen Handelsbilanz sei unter allen Umständen notwendig, ebenso notwendig sei die Umschuldung der kurzfristigen in langfristige Kredite.

Es gebe natürlich auch den Weg der deutschen Selbsthilfe. Davon ist einer nicht gangbar, nämlich der Verkauf von deutschen Auslandsguthaben. Der andere ist nicht besser: Verstärkung der deutschen Ausfuhr ist den Abnehmerländern unerwünscht. Voraussetzung für eine wirkliche Lösung sei die Wiederherstellung des politischen Vertrauens. Der Bericht kommt daher zu folgenden Schlüssen: 1. Die politischen Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn müßten auf eine Grundlage gegenseitigen Vertrauens gestellt werden; 2. müßten die äußeren Verpflichtungen Deutschlands geregelt werden. Solange aber die Gläubiger nicht erkennen könnten, wie die deutsche Finanzlage sich entwickle und die Unsicherheit der Auslandsschuldung bleibe, sei ein großes Hemmnis für die notwendige Kreditumschuldung und erst recht für neue Kredite da.

Schon am 18. August kam der Wiggin-Layton-Bericht zu der Erkenntnis, daß keine Zeit zu verlieren und es

Sache der Politiker sei, unverzüglich, eine Lage zu schaffen, die Deutschland und der Welt Hilfe bringe. Soll nun über den Umweg der Einberufung des BZJ-Ausschusses noch mehr Zeit verloren werden?

Wir halten still.

von Hoersch in Berlin. — Stillhaltefrage vordringlich.

Berlin, 30. Okt. Das überraschende Ergebnis der allgemeinen Aussprache des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, wonach die Stillhaltefrage offenbar als das vordringlichste Problem angesehen wird und bereits am Sonnabend früh ein engerer Ausschub des Wirtschaftsbeirates unter Vorsitz des Reichskanzlers diese Frage anpacken soll, hat in politischen Kreisen stärkste Beachtung gefunden. Der Entschluß ist ein Beweis dafür, daß bei aller Anerkennung der Dringlichkeit auch der Lohn-, Preis- und Zinsfragen die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsbeirat gerade auf dem Gebiet der Auslandsverschuldung Eile für geboten hält. Die Vordringlichkeit gerade dieser Frage ergibt sich nicht zuletzt aus den Ergebnissen der Verhandlungen zwischen Cavall und Hoover in Washington. Am Freitagabend ist der deutsche Botschafter in Paris, von Hoersch, in Berlin eingetroffen. Herr von Hoersch wird nach einer Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten die Reichsregierung im einzelnen darüber unterrichten, wie sich nunmehr die französische Regierung die Regelung der Tributfrage denkt. An zuständiger Berliner Stelle verkennt man nicht, daß beide Probleme, Stillhaltefrage und Tributfrage, aufeinander hinweisen. Man verheißt sich jedoch nicht, daß die Stillhaltefrage, die bekanntlich lediglich die privatwirtschaftliche Verschuldung gegenüber dem Auslande betrifft, schon termingemäß als erste in Angriff zu nehmen ist. Das Stillhalteabkommen läuft bekanntlich Ende Februar ab, während das Hoover-Feierjahr erst am 30. Juni zu Ende ist. Weiteren internationalen Vereinbarungen wird es vorbehalten bleiben, wie das Problem der politischen Tributschulden auf das der Befriedigung der privaten Gläubiger abgestimmt werden kann.

Rasches Handeln!

Die Industrie verlangt energische Initiative in der Reparationsfrage. — Die Industrievertreter beim Wirtschaftsminister.

Das Präsidium des Verbandes der Deutschen Industrie trat zum ersten Mal unter dem Vorsitz des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zu einer Sitzung zusammen, in der die gegenwärtige wirtschaftliche Lage eingehend besprochen wurde. Das Präsidium stellte sich auf den Standpunkt, es sei ebenso wichtig, endlich die Grundlagen für eine Anpassung der deutschen Produktionskosten an dem insbesondere durch das Vorgehen Englands verschärften internationalen Wettbewerbs zu schaffen, wie zu einer Befestigung der internationalen Kreditkrise und zu einer Wiederherstellung der internationalen Währungsstabilität zu gelangen.

Wenn diese Probleme nicht schnellstmöglich durch internationale Zusammenarbeit gelöst würden, dann müsse Deutschland unbedingt eine energische Initiative ergreifen. Dies gelte vor allem auch für die Reparationsfrage, bei der durch die Verhandlungen zwischen Hoover und Cavall Deutschland die Initiative zugehoben sei.

Das engere Präsidium des Reichsverbandes wurde beauftragt, die maßgebenden amtlichen Stellen erneut mit allem Nachdruck auf den Ernst der Lage hinzuweisen, der schnellstmögliche positive Handeln erfordere.

Daraufhin hat bereits eine Besprechung mit dem Reichswirtschaftsministerium stattgefunden, an der die Herren Krupp von Bohlen, Fromme, Dr. Silberberg, Hans Kraemer, Geheimrat Dr. Rastl und Dr. Herle teilnahmen.

Zaleski Meinung über die Krise

Eine Rede im Auswärtigen Ausschub des Sejm.

— Warszawa, 31. Oktober

Im Auswärtigen Ausschub des Sejm sprach der polnische Außenminister Zaleski über die weltpolitische Lage. Neues hat Zaleski nicht gesagt. Alles, was er vorbrachte, hat man früher schon aus Frankreich gehört. Einen Fortschritt bedeutet es, wenn Zaleski mittlerweile dahinter gekommen ist, daß die Vertrauenskrise eine der wesentlichsten Ursachen der Weltnot ist. Nur hat Polens Außenminister falsche Folgerungen daraus gezogen! Zaleski ist nämlich der Auffassung, daß die Vertrauenskrise — und das ist doch wohl eine Krise des Vertrauens in die Stabilität der europäischen „Neuordnung“? — „durch jene Leute“ hervorgerufen wird, die der Welt einreden wollten, die Schwierigkeiten könnten nur durch die Revision der Verträge und durch territoriale Änderungen überwunden werden. Ferner „begünstigt“ Zaleski das Mißlingen der österreichisch-deutschen Zollunion. Ueberflüssig war es, daß er danach noch die vollkommene Uebereinstimmung der polnischen Anschauungen mit denen der französischen Staatsmänner noch ausdrücklich erwähnte.

Hinsichtlich Deutschlands will Zaleski den — vom Reiche noch nicht bestätigten — deutsch-polnischen Handelsvertrag als den Schlüsselpunkt der polnischen Konzeptionen und einen Beweis für die polnische Arbeit im Geiste europäischer Solidarität gewertet wissen. Rußland empfiehlt Minister Zaleski nochmals den Nichtangriffspakt. Von der Unterstützungskonferenz erhofft er Hilfe für angegriffene Staaten. Von der Notwendigkeit aber, daß diese Konferenz allen europäischen Staaten Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit bringen muß, scheint Polens Außenminister noch nichts gehört zu haben.

Im übrigen wird niemand diese Rede tragisch nehmen, denn die Revision der Verträge wird kommen, ob sie Polen angenehm und verständlich ist oder nicht.

Macdonald in Chequers

Snowden beim König. — Henderson bleibt Abrüstungspräsident.

Der britische Ministerpräsident Macdonald hat sich nach Chequers begeben, um dort das Wochenende zu verbringen. Schatzkanzler Snowden wurde vom König empfangen. Bei der Regierungsbildung werden sich Macdonald vermutlich Schwierigkeiten von Seiten der Konfessionen entgegenstellen, die die Forderung erheben dürften, entsprechend ihrer Stärke im Unterhaule an der Regierungsbildung beteiligt zu werden. Die Gerüchte, daß umgehend Antidumpingmaßnahmen ergriffen werden sollen, werden nicht bestätigt.

Von dem bei den Wahlen unterlegenen Arbeiterführer Henderson liegt eine Erklärung vor, nach der er das Amt des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz beibehält.

„Ein wunder Punkt“.

Mussolini gegen den Korridor.

— Königsberg, 31. Oktober. Die „Königsberger Allg. Ztg.“ bringt folgende Meldung aus Rom: „Auf eine Anfrage der „Königsberger Allg. Ztg.“ über Mussolinis Standpunkt in der Frage des polnischen Korridors wird von maßgeblichster Stelle erklärt, daß die Abschaffung des Korridors einen der Kardinalpunkte einer Revision des Versailler Vertrages bilden würde. Es sei seit längerer Zeit die Ueberzeugung des Duce gewesen, daß der Korridor einen wunder Punkt auf der europäischen Landkarte darstelle, der dauernd internationale Unruhe verursache und noch ernstere Schwierigkeiten bereiten werde. Die Gründe für diese Ansicht Mussolinis lägen in der Tatsache, daß der Korridor Deutschland in zwei Teile zerschneide, schwierig zu lösende Probleme für die deutsche Regierung schaffe und einen Zustand ständiger Erbitterung zwischen Deutschen und Polen herbeiführe.“

Ogleich Mussolini noch nicht mit der Erklärung in die Öffentlichkeit getreten ist, daß der polnische Korridor eines der in allererster Linie zu lösenden Probleme darstelle, erfährt die „United Press“, daß der Duce einen Vorschlag zur Beseitigung der Korridorfrage machen werde, sobald sich ein geeigneter Zeitpunkt hierfür ergebe.“

Moskauer Kriegsgefahr.

Der Fünfjahresplan soll durchgeführt werden

Moskau (über Kowno), 31. 10. Der Zentralausshub der kommunistischen Partei veröffentlicht einen Aufruf an das russische Proletariat, in dem darauf hingewiesen wird, daß trotz der Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt die sowjetrussische Wirtschaft weiter ausgebaut werde. Die Industrialisierung und Kollektivierung haben gezeigt, daß das Proletariat allen Schwierigkeiten gewachsen sei. Auch die Schwierigkeiten bei der Durchführung des Fünfjahresplanes müßten beseitigt werden. Die drohende Kriegsgefahr veranlasse den Zentralausshub, alle Kräfte zur Verstärkung der Abwehrfähigkeit der Sowjetunion aufzurufen. — Es ist anzunehmen, daß sich die Moskauer Kriegsansage auf den Fernost-Konflikt bezieht.

Ein Brief aus Moskau.

Die Untersuchung des Sprengstoff-Fundes bei Ueberbrück.

Bei der Prüfung des in der Wohnung des kommunistischen Agitators Ueberbrück beschlagnahmten Schriftmaterials wurde auch ein Brief aus Moskau gefunden, den der im Frühjahr dieses Jahres flüchtig gewordene Funktionär Gutsch an Ueberbrück geschrieben hatte. Gutsch war Führer einer Sprengstoffkommission, deren übrige Mitglieder in Berlin und Breslau verhaftet wurden, und gegen die jetzt das Hochverratsverfahren beim Reichsgericht schwebt. Der Brief aus Moskau enthält auch einen Hinweis auf Beziehungen nach Schleswig-Holstein, wo zur Zeit ebenfalls Ermittlungen im Gange sind. In dem Schreiben erwähnt Gutsch nämlich den der RPD. angehörenden Hamburger Bürgerchaftsabgeordneten Preßke, der schon einmal in dem Verdacht stand, zu Sprengstoffkolonnen in Beziehungen zu stehen.

Gegen neue Gehaltsfällungen.

Einpruch der preussischen Beamten.

Der Preussische Beamtenbund hat schon früher zum Ausdruck gebracht, daß bereits durch die bisherigen Gehaltsfällungen für die Beamten und Lehrer das Maß des Ertrags erreicht ist, ja bei vielen, namentlich den geringst besoldeten Beamten, überschritten sei. Er erhebt gegen alle Bestrebungen auf weitere Einkommensenkung der Beamten und Lehrer seine warnende Stimme und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß weitere Einkommensenkürzungen die schädlichsten Wirkungen für die Beamten, Staat und Wirtschaft nach sich ziehen müßte.

Beamtenbund gegen die Notverordnung.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes beschloß, da die Notverordnungen in Reich und Ländern eine große Anzahl von Rechtsfragen von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung aufgeworfen hätten, im Rechtsweg eine Entscheidung herbeizuführen.

Billige Kohle für Erwerbslose.

Die Verteilung erfolgt unter Mitwirkung der Arbeitsämter.

Wie bereits bekanntgeworden ist, haben sich sämtliche Kohlenyndikate bereit erklärt, für Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger Kohle zu ermäßigten Preisen abzugeben oder Kohlenmengen in gewisser Höhe gratis zur Verfügung zu stellen, um Preisnachlässe für die an Erwerbslose abgegebene Kohle zu ermöglichen. Ebenso wird der Kohlenhandel seinerseits zu einer Verbilligung durch Ermäßigung des Handelsrabatts und der Kleinhandelsaufschläge beitragen. Ferner hat sich auch die Reichsbahn durch eine für alle Entfernungen gleiche Ermäßigung der Fracht für Erwerbslosenkohle (3 Pfennig je Zentner) an der Verbilligungsaktion beteiligt.

Die Brennstoffe für die Erwerbslosen werden demnach zu einem wesentlich herabgesetzten Preis abgegeben werden. Die Verteilung der Kohle erfolgt unter Mitwirkung der Arbeitsämter, der Bezirksfürsorgeverbände sowie der Stadt- und Landkreise durch die örtlichen Abfahrtsorganisationen auf Grund von Bezugs- oder Gutscheinen. Die Abgabe der verbilligten Kohle soll ab 1. November beginnen und sich bis zum 31. März 1932 erstrecken.

Die Steuerverzugszuschläge.

Anrechnung auf die öffentliche Belastung des Grundstücks unzulässig.

Das Reichsjustizministerium hat in Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzministerium für die fünfprozentigen Halbmögensverzugszuschläge im Nachgang zu der Notverordnung vom 20. Juli d. J. für Steuerrückstände auf Anfrage die Erklärung abgegeben, daß es sich bei den Zuschlägen um Ungehorsamsfolgen im Sinne der Reichsabgabenordnung handelt, die den Ungehorsamen treffen.

Demgemäß nehmen sie an den für die Steuerforderungen bestehenden dinglichen Sicherungen nicht teil. Danach sind die Zuschläge nicht zu den öffentlichen Lasten des Grundstückes im Sinne des § 10 Ziffer 3 des Zwangsversteigerungsgesetzes zu rechnen. Diese Erklärung ist auch den Finanzministerien der Länder zur Kenntnis gebracht worden mit der Bitte um entsprechende Instruierung der unteren Behörden.

Kommunalausschuß im November?

Eine gemeinsame Konferenz von Reich, Ländern und Gemeinden.

In politischen Kreisen erwägt man gegenwärtig den Plan, auf einer Gemeinschaftskonferenz von Reich, Ländern und Gemeinden alle strittigen Fragen zu klären, zumal die Lage der Gemeinden nach der Jahreswende sich erheblich zuspitzen wird. Wie wir hören, befürwortet auch das Reichsfinanzministerium eine solche Konferenz, die eventuell zu einer Dauereinrichtung, einem „Kommunalen Ausschuss“, werden könnte. Vermutlich wird diese Besprechung schon Mitte November stattfinden. Insbesondere würden der Finanzausgleich, die Frage der Arbeitslosenversicherung und besonders der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge besprochen werden, zumal die Gemeinden mit der jetzigen Regelung keineswegs zufrieden sind. Auch Preußen tritt für eine gemeinschaftliche Aussprache ein, die sicherlich zur Entspannung der Lage dienen würde.

Lothar- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Eckertspiel „Die heilige Elisabeth“. Das mit großem Erfolg in ca. 200 Städten aufgeführte rühmlichst bekannte „Mysterienspiel“ von Erich Eckert soll auch in Bielefeld eine Aufführung erleben.

Das Spiel von „der heiligen Elisabeth“ ist eine klare Antwort auf die Frage, welche die Gegenwart mit ihrer tausendfachen Not und Sorge heute an uns stellt. Es ist mehr als ein Erbauungsspiel, mehr als die Darstellung poetisch-dramatischer Legenden, sondern ein tiefempfundenes Wesensbild dieser deutschen Frau und Fürstin, der Helferin der Notleidenden und Bedrängten. Das Spiel soll in der kommenden Woche vom 2. bis einschließlich 8. November d. Js. im katholischen Vereinshaus in Bielefeld, Heeper Straße Nr. 2 aufgeführt werden, und es wird sicher mancher dankbar sein, auch hier auf die Sache hingewiesen zu werden.

— Wer kennt den Uhrenschwindler? In verschiedenen Teilen des Regierungsbezirkes hat ein angeblicher Deppe aus Bethel Uhren an sich genommen, um sie zu reparieren. Er ist dann aber nicht wieder gekommen und hat die Uhren veruntreut. Der Täter wird wie folgt

beschrieben: 55 bis 60 Jahre alt, gebückte Haltung. Er hat im Nacken einen eigroßen Größbeutel. Bekleidung: grauer Anzug mit dunklem Ueberzieher.

Wer eine Person dieser Beschreibung kennt, wird gebeten, Angaben bei der Polizeibehörde Gadderbaum, Saronweg 14a, Zimmer 2, zu machen.

Sinweis.

„Wenn ich als Mann ‚Hausfrau‘ spielen müßte — dann würde ich mehr Zeit übrig haben als du!“ — So wird schon mancher zu seiner Frau gesprochen haben. Und die Frau dachte sich im Stillen: „Leichter gesagt als getan.“ Aber ob die Herren der Schöpfung diesmal „ausnahmsweise“ nicht etwas recht haben? Nehmen wir zum Beispiel das Geschirraufwaschen und Spülen vor. Wie kommt man doch hier schneller vom Fleck, wenn das einzigartige Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel iMi helfen darf. Ja, mit iMi zu arbeiten, macht tatsächlich Spaß. Ein Versuch überzeugt ein für allemal.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Sonntag nachmittag 4 Uhr: Vereinsstunde.

Montag abend: Turnen.

Dienstag 8 Uhr: Bethelgruppenabend, ältere und jüngere Abteilung im Gruppenaal.

— Christlicher Verein junger Männer.

Sonntag abend 8 Uhr in Gilgal Weiskreuz-Stunde, offen für alle Abteilungen.

Montag 8 Uhr Männerchor bei Herrn Berg, Salemweg.

— Versammlung der Konfirmierten: der Knaben am Montag, den 2., der Mädchen am Mittwoch, den 4. November, abends 8 Uhr bei Pastor Wilm, Bethelweg.

— Die Nähstunden, in denen die Weihnachtsachen für den Vaterländischen Frauenverein hergestellt werden sollen, beginnen wieder am Montag, dem 2. November, um 3½ Uhr. Es wird fortlaufend jeden Montag von 3½ bis 5½ Uhr genäht, bis die Stoffe vernäht sind. Diejenigen Hausfrauen, welche nicht abkommen können, werden gebeten, sich Arbeit zu holen, um sie daheim fertigzustellen. Vaterländischer Frauenverein, Ortsgruppe Bethel.

— Bethelgeld gefunden. Arimathia.

Anzeigen aus Bethel.

— Unser diesjähriger Obstverkauf findet am Freitag, dem 6. November, nachmittags 2 Uhr im Hofe von Ophir statt.

Schriftleitung: W. Kro.; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Meine Verlobung mit Fräulein Käthe Schmidt, Tochter des verstorbenen Herrn Missionsdirektors Pastor Rudolf Schmidt und seiner Gemahlin Wilhelmine geb. Wams, zeige ich an.

Eberhard Delius, Pastor Lic.
Missionsinspektor

Rheinische Mission

Duppertal-Barmen, den 1. November 1931.

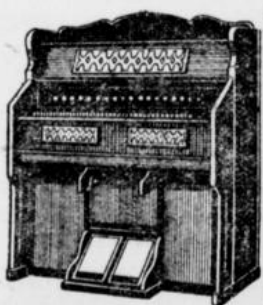
G. Steinmann Orgel- u. Harmoniumbau Vlotho-Wehrendorf

Harmoniums in allen Größen und Preislagen nach den Grundsätzen der neuesten Orgelreform von 150.— RM an.

Reparaturen sowie Stimmen gebrauchter Instrumente.

Katalog kostenlos.

Gebrauchte Harmoniums sowie Klaviere stets am Lager.



PIANO

gespielt, billig, abzugeben.

Moderne

Augenoptik

H. Breder
BIELEFELD

Gütersloherstr. 14 / Fernr. 1012

Obstbäume, Beerensträucher in besten Sorten

und sonstige Baumschulartikel

bietet an
die Gärtnerei der Anstalt Bethel

Preislisten gerne auf Wunsch.

HONIG

garant. rein. Bienen-Blüten-Schleuder, das Allerfeinste, was die Bienen erzeugen. Dose 9 Pfd. Inhalt Mk. 10.—, 4½ Pfd. Inhalt Mk. 5.90 frei Haus unter Nachn. Garant. Zurückn. Carl Scheibe, Honig-großhandlung u. Imkerer, Oberneuland 92, Bez. Br.

Reiflose Hühneraugenvertilgung

Schmerz laß nach
Tüte 50 Pf., 2 Tüten franko, Doppelfußbad dazu 40 Pf.
Reformhaus Eden, Bielefeld,
Neustädterstraße 8.
Postfachkonto: Hannover 65588.

Naturreiner, deutscher Bienenhonig

eigener Ernte, kostet jetzt nur noch 4 Pfund 1,35 Mk. Versand in 5 und 9 Pfund-Dosen.

Lehrer i. R. Buchholz,
Niederseelbach, Post Bielefeld (Land).

Locarno-Monti

Südschweiz

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diskothek. Eig. Auto. Prospekt; bescheidene Preise. das ganze Jahr offen.

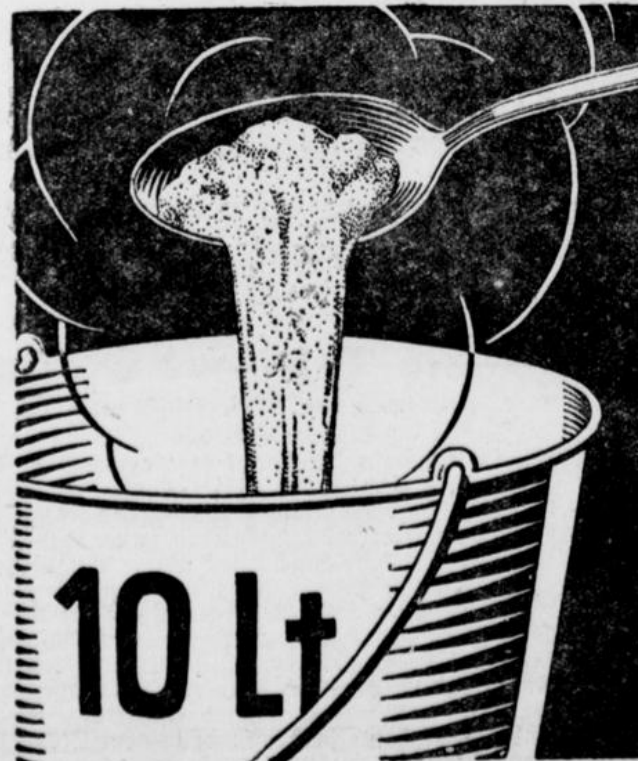
W. Keller, Prediger.

Rekamt, reell und billig!

Neue Gänsefedern

an der Gans gerupft, mit Launen, doppelt gewaschen und gereinigt, beste Qualität 6 Pfd. Mk. 3.—, Halbdunen Mk. 4.50, ½ Dauen Mk. 6.25. In Volldunen 9.—, 10.—, Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 3.40 und 4.75, sehr zart und weich 5.75. In 7.—, Versand per Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück.

Frau A. Wodrich, Gänsemaat,
Neutrebblin (Oderbruch)



Nur ein iBlöffel voll
reiniert schnell und
wunderbar!

iMi ist nicht zu teuer, iMi arbeitet äußerst sparsam, wenn es richtig gebraucht wird!

1 iBlöffel auf 10 Liter (1 Eimer) heißes Wasser kostet gut 1 Pfennig — damit reinigen Sie Ihr ganzes Mittagsgeschirr, alle Töpfe und Pfannen! Sauberkeit macht Freude, besonders wenn sie mit iMi schnell und mühelos erreicht wird.

Erproben Sie iMi — einen so guten Helfer finden Sie sobald nicht wieder! Wirklich —

wo man iMi hat im Haus,
ist die Hausfrau fein heraus!

iMi Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.

